



Bild Fotolia/Rawpixel.com

Sich im Café zu treffen ist eine Form der Teilhabe, die sich nicht alle leisten können.

Armut – eine verdrängte gesellschaftliche Realität

Mit der Einführung der Sozialhilfe sollte die Armut in Deutschland nach und nach abgeschafft werden. Eine Fehleinschätzung, die lange verhindert hat, dass Armut als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wurde.

Text **Franz Schultheis**

Vor mehr als einem Jahrhundert postulierte der deutsche Soziologe Georg Simmel, dass man eine Gesellschaft am besten daran erkennen und verstehen könne, wenn man sich anschaut, wie sie mit ihren Armen umgeht. Legt man diese These auf die deutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit an, dann kann man mit gutem Grund behaupten, dass die Besonderheit des deutschen Umgangs mit dem Phänomen Armut in dessen Verdrängung aus dem öffentlichen Bewusstsein liegt.

Seit den Fünfzigerjahren herrschte in der deutschen Diskussion um Fragen der gesellschaftlichen Situation im Hinblick auf die Ver-

teilung von Einkommen und Vermögen und der sozialen Klassen- oder Schichtbeziehungen die These von einer sogenannten „nivelierten Mittelstandsgesellschaft“ vor. Der Begriff wurde erstmals formuliert vom Soziologen Helmut Schelsky im Jahre 1953. Diese These wurde dann in den 1980er-Jahren in modernisierter Form in unterschiedlichen Variationen des gleichen Themas fortgeführt. Hier sprach man von einer entstrukturierten, individualisierten pluralistischen Gesellschaft mit nur noch horizontalen Differenzierungen unterschiedlicher soziokultureller Milieus mit unterschiedlichen Lebensstilen. Man nahm an, dass es einen Fahrstuhleffekt nach oben für

alle gesellschaftlichen Gruppen gebe. Diese Sicht auf die deutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit ging davon aus, dass sich gesellschaftliche Ungleichheiten der Verteilung von Ressourcen und Disparitäten der Lebenschancen in der Bevölkerung immer weiter einbrennen würden, und es nur eine Frage der Zeit wäre, bis das Phänomen Armut verschwände.

Der Mythos von der „bewältigten Armut“

In den Fünfzigerjahren kam es in Deutschland ja auch tatsächlich zur Durchsetzung eines durchaus großzügigen, weltweit herausragenden Modells universeller sozialer

Mindestsicherung in Form von Sozialhilfe. In dieser Epoche sprach man noch von einer „Armut des Volkes“ als einer Art kollektiv erlittener Nachwirkung des Zweiten Weltkriegs und dessen direkten Folgeschäden für Individuum und Gesellschaft.

Der Gesetzgeber ließ sich bei Einführung der Sozialhilfe von der Vorstellung leiten, dass diese umfassende soziale Grundsicherung nach einer gewissen Übergangszeit von selbst überflüssig sein würde. Denn die Nachwirkungen des Krieges in Gestalt von Kriegsgeschädigten verschiedenster Art würden ja nach einer Generation verschwunden sein. Mit der Einführung der Sozialhilfe ging auch die Vorstellung einher, dass „Armut“ als solche dank dieser garantierten Mindestsicherung definitiv behoben beziehungsweise „abgeschafft“ sei. Ein grundlegendes Missverständnis mit enormen Konsequenzen für die gesellschaftliche Wahrnehmung von und den Umgang mit Armut.

Aus soziologischer Sicht ist per definitionem, „arm“, wer qua Zuspruch von Unterstützung – hier „Sozialhilfe“ – legitimerweise als einer gesellschaftlichen Gruppe angehörig anerkannt wird, die sich unterhalb einer gesellschaftlich definierten Armutsgrenze befindet. Ebenso wie nur derjenige als „arbeitslos“ anzusehen ist, der Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung geltend machen kann, ist auch ein „Armer“ über die Zugangsberechtigung zur „Armen-Unterstützung“ definiert. Das heißt aber auch, dass die beachtliche Zahl an nicht geltend gemachten berechtigten Ansprüchen auf Sozialhilfe in den „toten Winkel“ der offiziellen Darstellung von Armut fällt.

Die Idee, Deutschland habe sich durch die Schaffung einer solchen Sozialgesetzgebung endgültig von der Armut verabschiedet, lässt sich eindrücklich an einem EU-geförderten Forschungsprojekt (SRED) in den spä-1980er-Jahren zeigen. Kurz vor Start dieser Forschung zur „Extremen städtischen Armut in Europa“ wurde das Vorhaben durch eine Intervention des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl infrage gestellt. Er wollte die

deutsche Beteiligung an diesem EU-Projekt stoppen, weil, wie er feststellte, „Armut“ in Deutschland ja dank der Existenz von Sozialhilfe abgeschafft sei.

Nicht nur Altbundeskanzler Kohl unterlag diesem Missverständnis. Auch in der breiten Öffentlichkeit der deutschen Bevölkerung hat sich die Auffassung durchgesetzt und bis heute hartnäckig gehalten, dass „Armut“ hierzulande ein bewältigtes soziales Problem darstelle und ein für die Beschreibung deutscher Zustände ungeeigneter Begriff geworden sei. Der Begriff sollte besser für die Auseinandersetzung mit extremem Elend in Regionen Afrikas oder Asiens reserviert sein, wo wirklich Hunger herrsche.

Hier wird dann „Armut“ in einer kruden materialistischen Sicht mit Mangel an lebensnotwendigen Gütern identifiziert und nur für Situationen anerkannt, wo es um nacktes Überleben geht. Ein solch ahistorisches Bild von Armut übersieht, dass man Armut nur in Bezug auf einen konkreten gesellschaftlichen Kontext und dessen als Normalität und Standard angesehenen Bedürfnisse und Bedingungen alltäglicher Lebensführung definieren kann. Armut steht hier in Kontrast zur Teilhabe an den durchschnittlichen Lebenschancen einer gegebenen Gesellschaft. Insofern passt hier auch der Begriff der Ausgrenzung oder der Exklusion gut zur Beschreibung und Analyse dieses Phänomens des Ausschlusses von Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern aller Art.

Armut als versagte gesellschaftliche Teilhabe

Hierzu zählen aber nicht nur Einkommen und Vermögen und die damit verbundenen Möglichkeiten der Daseinssicherung und autonomen Lebensführung. Auch die Teilhabe am normalen gesellschaftlichen und kulturellen Leben gehört dazu, also die Möglichkeit, von Zeit zu Zeit in ein Café oder ein Gasthaus zu gehen, Freunde zu sich nach Hause einzuladen, einmal im Jahr in Ferien zu fahren, die Kinder an Weihnachten zu beschenken und ihre Klassenfahrt zu finan-

zieren. Wer einmal durchrechnet, wie groß beziehungsweise klein der Handlungsspielraum eines Hartz-IV-Beziehers ist, kommt schnell zu einem rundum traurigen Gesamtbild dessen, was die gelebte Wirklichkeit von Armut in der heutigen Gesellschaft betrifft. Führt man Interviews mit von sozialer Ausgrenzung Betroffenen, so wird man mit einer Ökonomie des Mangels konfrontiert. Die gesamte Lebensführung dieser Menschen ist durch die Notwendigkeit bestimmt, jeden Cent dreimal umzudrehen. Sie sind mit dem ständigen Verzicht auf in unserer Wohlstandsgesellschaft eigentlich so selbstverständlich erscheinenden Güter konfrontiert.

Doch es geht nicht allein um materielle Dinge und Teilhabe am durchschnittlichen Konsum. Ebenso schwerwiegend, wenn auch so oft vergessen beziehungsweise verdrängt, ist die symbolische Dimension gesellschaftlicher Teilhabe in Form sozialer Anerkennung als „vollwertiges“ und „geschätztes“ Mitglied der Gemeinschaft. Armut ist mehr denn je stigmatisiert in unserer Leistungsgesellschaft, in der stetige Selbstverwirklichung und Selbstoptimierung der Individuen maßgeblich gemessen wird an beruflichem Status und Erfolg sowie am damit einhergehenden Lebensstil. Selbst wenn in unzähligen empirischen Untersuchungen aufgezeigt wird, wie schnell Mitmenschen durch Wechsel- und Unfälle des Lebens in den Teufelskreis der Verarmung geraten können, hält sich das von populistischen Ressentiments genährte Vorurteil von der sogenannten „selbst verschuldeten“ Armut hartnäckig. Es wird zur Quelle einer die Armut begleitenden Form moralischen Elends und Leidens.

Verschämte Armut als symbolische Gewalt

Wenn Armut in der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität so wenig sichtbar und hörbar ist, so geht dies nicht nur auf deren politische Leugnung oder ihr Ignorieren zurück. Ein Grund liegt auch darin, dass Arme keine einflussreiche Lobby haben, keine gewerkschaftliche Vertretung kennen, und

sich von keiner der politischen Parteien angemessen vertreten fühlen. Arm sein ist in unserer Gesellschaft mehr denn je beschämend. Sie wird in breiten Kreisen der öffentlichen Meinung als Symptom des Scheiterns, als Ausdruck mangelnder Leistungsbereitschaft oder -fähigkeit interpretiert. Dies führt unter anderem zum perversen Effekt, dass sich die Opfer gesellschaftlicher Ausgrenzung in der Rolle von „Überzähligen“, gesellschaftlich „Unnützlichen“ sehen und dazu tendieren, so wenig wie möglich öffentlich sichtbar und präsent zu sein. Verschämte Armut ist Niederschlag einer symbolischen Gewalt, bei der die stigmatisierenden Fremdschreibungen von ihren Adressaten hin- beziehungsweise auf sich genommen und zu einem für ihr Selbstverhältnis zentralen Aspekt verinnerlicht werden. Der Habitus der Armut wird maßgeblich davon geprägt, dass die erlittene Marginalität – in ihrer Extremform in der Etikettierung als arbeitsscheue Nutznießer des Wohlfahrtsstaates – zu einem Verlust von Selbstwertgefühl führt. Dem Leiden an den materiellen Misereen wird noch ein nicht minder belastendes psychisch-moralisches Elend hinzugefügt. Diese gesellschaftlich eingebettete, institutionell normalisierte Lage und Befindlichkeit erweist sich als besonders dramatisch, wenn Kinder von Geburt an in ihr sozialisiert werden, mit ihr aufwachsen und habitualisieren. Wenn heute jedes sechste Kind in Deutschland nach offiziellen Statistiken armutsgefährdet ist oder gar in manifester Armut lebt, so duldet eine der weltweit reichsten Gesellschaften den Fortbestand

eines fatalen Reproduktionsmusters von Armut, bei dem diese „vererbt“ wird.

Wie kann Armut nachhaltig bewältigt werden?

Fragt man nach möglichen Auswegen aus dem Teufelskreis der Armut mit seinen sich wechselseitig verstärkenden Faktoren und Dynamiken, so gibt es nur mittelfristig realisierbare Strategien und kein Patentrezept. Die Bekämpfung von Armut braucht eine umfassende und langfristige gesellschaftspolitische Strategie. Statt einem Kurieren an Symptomen in Form von Sicherung eines Mindesteinkommens – zu viel, um zu sterben, zu wenig, um damit menschenwürdig leben zu können – müsste sich ein dezidierter politischer Wille manifestieren, diesen gesellschaftlichen Skandal „Armut in einem reichen Land“ an der Wurzel anzupacken. Hier- von kann nach dem sozialstaatlichen Abbau von Sicherungen unter der Ägide von Hartz IV nicht die Rede sein. Der notwendige lange Atem einer Politik der Armutsbegrenzung müsste sich auf eine massive Investition in die Zukunft der nachwachsenden Generation Armutsgefährdeter konzentrieren. Ihr Zugang zu Bildung ab dem frühen Kindesalter mit einer breiten Palette an kostenfreien Angeboten an Infrastruktur und Dienstleistungen müsste nachhaltig verbessert werden. Denn eine gute Bildung und berufliche Ausbildung sind immer noch die beste Gewähr für eine gelingende soziale Inklusion.



Prof. Dr. Franz Schultheis

Seminar für Soziologie,
Universität St. Gallen
E-Mail: franz.schultheis@me.com

„Armut ist in der Gesellschaft mehr denn je stigmatisiert“

MODERN OFFICE

Mit der Robinsonliste gegen unerwünschte Werbung

Entlasten Sie Ihr Mailkonto von unerwünschter Werbung und sparen Sie damit Zeit! Die „Robinsonliste“ ist eine Schutzliste mit Kontaktdaten von Personen, die keine unangeforderte Werbung erhalten wollen und sich deshalb kostenlos in diese Liste eingetragen haben. Sie dient dem Verbraucherschutz hinsichtlich Briefpost, E-Mail, Mobil- und Festnetztelefon sowie Fax. Die in der Robinsonliste hinterlegten Einträge können von seriösen Unternehmen zum Abgleich mit ihren Versand- beziehungsweise Werbelisten genutzt werden, um keine

unerwünschte Werbung zu versenden. Da dieser Abgleich deutscher Werbevermarkter verschlüsselt erfolgt, werden Verbraucherdaten dabei in keinem Fall offengelegt. Auf der Website www.robinsonliste.de können Sie sich eintragen. Der Name „Robinsonliste“ ist im Anklang an die Romanfigur Robinson Crusoe gewählt, der auf seiner einsamen Insel von den Vorteilen der menschlichen Zivilisation abgeschnitten war – aber ganz sicher auch von unerwünschter Werbung.

Birgit Winterhalter